

Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: www.gruene-krefeld.de und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

V.i.S.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>.
Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 (Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet:
Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr.
Per E-Mail sind wir unter kreisverband@gruene-krefeld.de zu erreichen.

ZEIT FÜR GRÜN.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Nachhaltige
Finanzpolitik
statt Krefelder
Ausverkauf!

KOMMUNEN BLEIBEN ARM

Die Finanzlage der Kommunen ist nach wie vor äußerst angespannt. Die große Koalition in Berlin hat es versäumt, durch eine nachhaltige Gewerbesteuerreform die Finanzkraft der Städte und Gemeinden dauerhaft zu stärken. Deshalb müssen die Städte im kommenden Wirtschaftsabschwung weitere Schulden aufnehmen. Auch die Kommunalausgaben werden durch die Zuweisung neuer Aufgaben immer höher.

NRW IST SPITZE BEI DER KOMMUNALVERSCHULDUNG

Trotz Rekordsteuereinnahmen liegen die NRW-Kommunen bei der Verschuldung bundesweit an der Spitze. **Das ist das Resultat der Politik der CDU/FDP-Landesregierung, die bei den Städten und Gemeinden jährlich etwa 1,2 Milliarden Euro gekürzt hat.** Durch die Kommunalisierung der Umweltverwaltung und der Versorgungsämter wurden zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen verlagert, ohne sie mit den notwendigen Finanzen auszustatten. Allein Krefeld wird dadurch jährlich mit fast einer Million Euro belastet. Die Folgen für die Kommunen sind dramatisch: Die „städtischen

Überziehungskredite“ in Nordrhein-Westfalen sind von Mitte 2005 bis 2008 von 10 Milliarden auf jetzt 13,8 Milliarden Euro gestiegen.

REICH GERECHNET, ABER ARM DRAN

Mit der Verabschiedung der Eröffnungsbilanz wurde die Umstellung von der kameralen Haushaltsführung zum Neuen Kommunalen Management auch in Krefeld vollzogen. Der zentrale Beurteilungsmaßstab für die Finanzlage einer Stadt ist jetzt das so genannte Eigenkapital. Dieses errechnet sich aus dem festgestellten Vermögen minus der aufgenommenen Schulden und der notwendigen Rückstellungen und Abschreibungen. Durch die Einbeziehung aller Gebäude, Straßen, Kunst- und Einrichtungsgegenstände in die Bilanz verbessert sich die Finanzsituation einer Stadt auf dem Papier, da bisher nur die jährlichen Einnahmen und Ausgaben sowie die aufgelaufenen Schulden dargestellt wurden. Genau das ist auch in Krefeld passiert. In der Eröffnungsbilanz wird ein sattes Eigenkapital dargestellt, obwohl sich an der desolaten Lage eigentlich nichts geändert hat.

Nach wie vor türmt sich in Krefeld ein riesiger Schuldenberg von über

400 Millionen Euro auf. Im Haushalt ist dieser nur dadurch enorm geschrumpft, weil durch die Gründung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung etwa 200 Millionen Euro Schulden ausgelagert wurde. Gemeinhin nennt man das Schattenhaushalt.

Der starke Abbau der Schulden um 30 Millionen Euro in 2007 hat allein mit Sondertilgungen durch den Verkauf der RWE-Aktien zu tun. Der Verkauf war für die Stadt allerdings ein schlechtes Geschäft, weil die entgangenen Dividendenzahlungen höher als die eingesparten Zinsen sind, wie die Kämmerei selbst zugeben musste.

Zu diesen langfristigen Schulden addieren sich noch die so genannten Kassenkredite, die durch das jährliche Haushaltsdefizit aufgenommen werden mussten. Dieser in Anspruch genommene „Dispokredit beim städtischen Girokonto“ beträgt heute etwa 350 Millionen Euro gegenüber 262 Millionen Euro in 2004. 2009 soll zwar damit begonnen werden, den gewaltigen Defizitberg langsam abzutragen. Aufgrund schön gerechneter Annahmen im Haushalt erscheint dieses Ziel allerdings mehr als fraglich.

Die Schuldenpolitik der Ratsmehrheit hat jedenfalls den Handlungsspielraum künftiger Generationen immer weiter eingeschränkt. Durch die kurz- und

13. Haushalt und Finanzen

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2009



ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



langfristigen Schulden der Stadt sind zur Zeit alle Krefelderinnen und Krefelder mit etwa 3.000 Euro pro Person belastet.

FALSCHER WEICHENSTELLUNGEN

Auch die politische Opposition wird für Fehlentscheidungen in der Vergangenheit in Haftung genommen. **Wir haben den Bau der Arena, die Anmietung des Verwaltungsgebäudes am Bahnhof, die Subventionierung des Behnisch-Baus und den Verzicht auf eine für die Stadt ertragreiche Grundstückspolitik, um nur einige Beispiele zu nennen, allesamt im Rat abgelehnt.** Die Mehrheit hat anderes entschieden, und ganz Krefeld muss jetzt die teure Suppe auslöffeln. Allein mit den Einsparungen der Mieten für den Behnisch-Bau und den Querriegel am Bahnhof ließen sich unsere Forderungen für eine stärkere Unterstützung freier Träger, für eine bessere Ausstattung unserer Schulen und Kindertageseinrichtungen, für die Einführung eines Energiemanagements und für ökologische Maßnahmen problemlos bezahlen.

Krefelds Infrastruktur braucht dringend Investitionen. Wenn man sich die Höhe der Investitionen in den vergangenen Jahren betrachtet, ist das für eine Stadt mit 240.000 Bürgerinnen und Bürgern verschwindend ge-

ring. Die Bausubstanz unserer Schulen und Kindergärten ist schlecht, Sportanlagen und Kultureinrichtungen müssen dringend saniert werden, Straßen, Plätze und Radwege sind teilweise in katastrophalem Zustand.

Bei den durchgeführten Investitionen wurden allerdings von den Mehrheitsfraktionen in der Vergangenheit völlig falsche Prioritäten gesetzt. Mit fast ausschließlich städtischen Geldern wurde eine 30 Millionen Euro teure Arena gebaut. Obwohl am Anfang nur von einigen Anlaufverlusten gesprochen wurde, die maximal 500.000 Euro für ein, zwei Jahre betragen sollten, zahlen wir mittlerweile mehr als 2 Millionen Euro für den jährlichen Verlustausgleich der Eissporthalle. Seit der vergangenen Kommunalwahl haben wir 10 Millionen Euro durch den Kamin gejagt. Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, fast jede künftige Veranstaltung wird zu einem weiteren Minusgeschäft für Krefeld. Wer unbedingt einen Palast braucht, hat dann kein Geld mehr für wirklich notwendige Projekte wie Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie für die Gebäude- und Energiesanierungen maroder Liegenschaften.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Investitionen in Schulen und Kindergärten statt immer mehr Geld für reine Prestigeobjekte!

NACHHALTIGE FINANZPOLITIK

Wir wollen, dass der Krefelder Schuldenberg möglichst schnell abgebaut wird. Dazu gehört vor allem die Verabschiedung ausgeglichener Haushalte. Dadurch gewinnen wir endlich wieder politische Gestaltungskraft. Deshalb wollen wir verhindern, dass in Krefeld weiter reine Renommierprojekte wie die Arena gebaut werden. In finanzpolitisch schwierigen Zeiten geht es in erster Linie um den Erhalt des sozialen, kulturellen und städtebaulich attraktiven Krefelds. Dafür müssen und werden wir auch mehr Geld als bisher bereitstellen.

Wir werden auch verhindern, dass städtischer Grundbesitz weiter wie bisher einfach zu Billigpreisen verschleudert wird. Künftige Räte, aber vor allem unsere Kinder und Enkel dürfen nicht nur die angehäuften Schulden abbezahlen, sondern sollen endlich auch wieder Geld zur Verbesserung der Krefelder Infrastruktur zur Verfügung haben.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Eine nachhaltige Finanzpolitik, damit wir unseren Kindern und Enkeln nicht nur Schulden hinterlassen!



„Wir wollen, dass der Krefelder Schuldenberg möglichst schnell abgebaut wird. Dazu gehört die Verabschiedung ausgeglichener Haushalte. Unser Tafelsilber darf nicht weiter verschleudert werden.“

Stefani Mälzer, Kandidatin für den Rat

STÄRKUNG KOMMUNALER UNTERNEHMEN STATT AUSVERKAUF DES TAFELSILBERS

Gerade auf diesem Feld zeigt sich dringende Notwendigkeit eines Politikwechsels. Statt unsere kommunalen Unternehmen zu stärken, hat die CDU/FDP-Koalition begonnen, den Besitz der Krefelderinnen und Krefelder zu verscherbeln. Getrieben von der Privatisierungsideologie der FDP wurden das Krefelder Klinikum und die städtischen RWE-Aktien verkauft. Die Krankenhausversorgung ist für uns ein elementarer Stützpfiler der Daseinsvorsorge und hätte nicht privatisiert werden dürfen.

Wir wollen die kommunalen Unternehmen stärken. Bei der Daseinsvorsorge, dazu gehören die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, aber auch der öffentliche Nahverkehr, Wohnungsunternehmen und Sparkassen, hat sich die lange gebetsmühlenhaft geforderte Privatisierung als Irrweg herausgestellt. Die Renditeerwartungen privater Unternehmen kollidieren mit dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach sicherer und günstiger Versorgung. Deshalb lehnen wir den Verkauf oder die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge ab. Wir begleiten aber auch nicht unkritisch die Geschäftsstrategie der kommunalen Unternehmen. **Insbesondere von den SWK fordern wir eine Strategie, die sich der Nachhaltigkeit und einer ökologisch orientierten Energieerzeugung verpflichtet. Dazu gehören der Ausbau eines attraktiven ÖPNV-Angebots, aber auch Investitionen in Erneuerbare Energien und für die energieeffiziente Versorgung Krefelds.** Wir wollen, dass die SWK wie die Stadtwerke Duisburg in ein modernes GuD-Kraftwerk investieren. Das würde die Diskussionen um ein Kohlekraftwerk in Uerdingen ziemlich schnell beenden. Ein entsprechender

Ratsbeschluss wurde auf unseren Antrag hin bereits beschlossen, dessen Umsetzung ist aber politisch nicht gewollt.

Wir werden uns in den Aufsichtsgremien der kommunalen Wohnungs- und Bauunternehmen dafür einsetzen, dass Wohnstätte und Bau GmbH sich endlich stärker für eine nachhaltige Belebung der Innenstadt engagieren können. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft muss endlich ihre Phase der Ratlosigkeit beenden und Strategien für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung Krefelds erarbeiten. Gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Gesundheitswirtschaft gibt es bereits Ansiedlungen, die besser unterstützt und ausgebaut werden können.

Den Versuch der schwarz-gelben Landesregierung, die kommunalen Sparkassen durch die Änderung des Sparkassengesetzes für private Investoren zu öffnen, lehnen wir ab. Diese Position teilen wir mit allen kommunalen Spitzenorganisationen und allen SparkassenvertreterInnen. Gerade die internationale Finanzkrise hat die Bedeutung des öffentlichen Sparkassenwesens in Deutschland gezeigt. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Sparkassen in erster Linie für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für den regionalen Mittelstand da sind und sich nicht an den irrealen Renditezielen internationaler Großbanken orientieren müssen.

Gerade in Zeiten angespannter kommunaler Finanzen sind die Städte auf die Einnahmen ihrer Stadtwerke und Sparkassen angewiesen. Nur damit lässt sich die soziale und kulturelle Infrastruktur aufrechterhalten. Der stereotype Ruf nach dem Verkauf kommunaler Unternehmen gefährdet nicht nur die kommunale Steuermöglichkeit in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge, sondern kommt die Städte zumindest längerfristig auch

teuer zu stehen. Was einmal verkauft ist, bringt für den städtischen Haushalt keine Erlöse mehr.

Ein Beispiel für die unwirtschaftliche Politik der Krefelder Koalition war die Versilberung der RWE-Aktien. Der Verkaufswahn der FDP hat dazu geführt, dass Krefeld viel Geld verliert. Die jährliche Dividende aus den RWE-Aktien wäre höher gewesen als die durch den Verkauf eingesparten Zinsen. Die FDP schiebt bereits seit längerem auf den Verkauf der Wohnstätte und den SWK. Wir werden jedenfalls einer weiteren Verschleuderung des Vermögens aller Krefelderinnen und Krefelder nicht zustimmen.

Mit Ihrer Stimme setzen wir um: Keine Verscherbung des Krefelder Vermögens und keine weiteren Privatisierungen!